

Antrag 502/I/2025
Abteilung 07/04 Lichtenrade-Marienfelde

Empfehlung der Antragskommission
Erledigt durch 283/I/2025 (Konsens)

Keine Ausgliederung der landeseigenen Theater und des Konzerthauses

1 Angesichts der aktuell diskutierten Pläne, die landeseigenen Bühnen in eine neue Rechtsform zu überführen, fordern wir den Senat von Berlin und die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhaus von Berlin auf, sich entschieden gegen die Pläne zur Ausgliederung der landeseigenen Berliner Theater einzusetzen.

7
8 Eine solche Ausgliederung sowohl in eine gGmbH als auch in eine Stiftung hätte gravierende Auswirkungen auf die Beschäftigten. Es würden Tarifflicht und Stellenabbau vor allem das Herauslösen von Angestellten aus den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes drohen.

13
14 Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen der rund 1.100 Mitarbeitenden die nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes der Länder beschäftigt sind, sind nicht zu akzeptieren.

18
19 Darüber hinaus sehen wir keine nachvollziehbaren Einsparpotenziale durch eine Ausgliederung. Stattdessen besteht die Gefahr, dass die Berliner Theaterlandschaft zunehmend einer Kommerzialisierung unterworfen wird, was die künstlerische Freiheit und Vielfalt massiv gefährden würde.

25
26 **Begründung**

27 Die Senatorin für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Kulturstaatssekretärin, Sarah Wedel-Wilson, und der Regierende Bürgermeister, Kai Wegner, arbeiten vor dem Hintergrund der dramatischen Sparmaßnahmen an einem Plan zur Überführung der LHO Theater und des Konzerthauses in Einrichtungen privater Rechtsform. Auch Fusionen von Werkstätten, Shared Services oder ganzer Häuser sind nicht ausgeschlossen. Als Reaktion auf die Gespräche mit den jeweiligen Häusern hat es inzwischen eine Personalversammlung der von den Planungen betroffenen Bühnen - Volksbühne, Gorki Theater, Deutsches Theater, Theater an der Parkaue und Konzerthaus - gegeben. Die Beschäftigten haben sich dort deutlich gegen eine Änderung der Rechtsform ausgesprochen.

42
43 Die SPD steht an der Seite der Beschäftigten der Berliner Theater, die tagtäglich einen unschätzbaren Beitrag zur kulturellen Vielfalt der Stadt leisten – ihre Arbeitsplätze und sozialen Standards dürfen nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Statt einer Verschiebung von Verantwortung und einer potenziellen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen braucht es eine nachhaltige Finan-

50 zierung und Stärkung der Theater und Bühnen in Berlin.
51 Deshalb lehnen wir eine Privatisierung ab und erwarten,
52 dass die zuständigen Personalräte sowie der Hauptper-
53 sonalrat in jegliche Überlegungen zu strukturellen Verän-
54 derungen unverzüglich mit einbezogen werden. Das sieht
55 auch das Berliner Personalvertretungsgesetz vor.